

2018 waren in Hannover die Deutschen bei den unter 18-Jährigen ("u18") gegenüber den "Deutschen mit Migrationshintergrund" und den Ausländern erstmals in der Minderheit. Das wurde jetzt im Jugendhilfeausschuss bekannt.



Anlass war die Vorstellung des "Sozialberichts 2018", der statistische Daten der Jahre 2013 bis 2017 umfasst. Schon 2017 hatte dieser Anteil demnach bei nur noch 51 % gelegen. Im vergangenen Jahr ging er weiter zurück und fiel erstmals unter die 50%-Marke, so Elke Sauermann vom Sozialdezernat zur jüngsten weiteren Entwicklung. 14 % der "u18" waren ausschließlich ausländischer Staatsbürgerschaft. Mehr als die Hälfte aus dieser Gruppe, waren "begleitete und unbegleitete Geflüchtete". Bei einer Gesamtzahl von 83.354 Minderjährigen in Hannover errechnet sich somit für diese Teilgruppe eine Anzahl von 6.251. Das zeigt: Die "Flüchtlingskrise" hat bereits erhebliche demografische Auswirkungen. (afd/aup)



Die Stadt Hannover muss sich klar vom Eintrag Daniel Cohn-Bendits ins Goldene Buch distanzieren, fordert die AfD-Fraktion im hannoverschen Stadtrat. Der Ex-EU-Parlamentarier hatte im Oktober 2018 Hannover besucht und war mit dieser Ehrung ausgezeichnet worden.

Der Grünen-Politiker Cohn-Bendit ist vor allem wegen seiner pädophilen Vergangenheit berühmt-berüchtigt. Akten hierzu sind für Jahrzehnte gesperrt worden. Aussagen wie: „Es ist mir mehrmals passiert, dass einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln.“ Oder auch: „Aber, wenn ein kleines fünfjähriges Mädchen beginnt, sie ausziehen: Es ist großartig, weil es ein Spiel ist. Ein wahnsinnig erotisches Spiel.“ lassen erahnen, dass diese Sperrung wohl gute Gründe hat. „Pädophile Handlungen sind sexueller Missbrauch von Kindern und als solche gemäß § 176 StGB strafbar“, so Markus Karger. „Wer sich zum Jugendschutz bekennt, missbilligt den Eintrag.“ (afd/lys)

Mit einem konkreten Plan will die AfD-Fraktion im hannoverschen Stadtrat dazu beitragen, die Raumnot an der Friedrich-Ebert-Schule im Stadtteil Badenstedt zu beheben.



Reinhard Hirche, Bauexperte der Fraktion, hat dazu ein Exposé ausarbeiten lassen, das "als Idee und Anregung zur baulichen Neugestaltung verstanden werden soll", heißt es in einem Antrag der AfD-Fraktion. Inwieweit das Konzept realisiert werden könne, obliege selbstverständlich den Fachleuten im Baudezernat.

Hirche bringt den Antrag, den er vor knapp einem halben Jahr bereits im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt eingebracht hatte, jetzt noch einmal in den hannoverschen Stadtrat ein, weil er durch einen zwischenzeitlich veröffentlichten "Brandbrief" von sechs Schulen des Stadtbezirks neue Aktualität und Dringlichkeit erhalten hat. Die Schulen fühlten sich in ihrer Arbeit seitens der Stadt wenig gewürdigt und mit ihren Problemen weitestgehend allein gelassen oder gar nicht wahrgenommen, heißt es in dem Brief. Die Friedrich-Ebert-Schule erklärt, sie habe schon "seit ewigen Zeiten ein sehr großes Raumproblem". (afd/aup)



Die Broschüre „Ene mene muh – und raus bist du!“ soll in hannoverschen Kindertagesstätten nicht verwendet werden dürfen, fordert die AfD-Fraktion im Stadtrat.

Die Broschüre gibt Hinweise, woran Kinder „völkischer“ Eltern mit „autoritärer Erziehung“ angeblich zu erkennen sind: Sie seien eher gehorsam und fielen deshalb meist kaum auf. Verdächtig seien auch Mädchen mit Zöpfen, Röcken und Vorlieben für Handarbeit und Disziplin sowie besonders sportliche Jungen. Das deute auf körperlichen Drill hin. Herausgegeben wurde die Schrift von der „Amadeu-Antonio-Stiftung“, an deren Spitze die wegen ihrer Stasi-Vergangenheit umstrittene Anetta Kahane steht. „Besonders skandalös ist, dass diese Anleitung zur Gesinnungsschnüffelei auch noch den Segen der Bundesregierung erhalten hat“, sagt Hauptstein: Bundesfamilienministerin Franziska

Giffey verfasste das Vorwort und übernimmt damit die Verantwortung für den Inhalt.

Mit ihrer scharfen Kritik an „Ene mene muh – und raus bist du!“ steht die hannoversche AfD-Fraktion nicht allein. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, sagte, darin werde mit fragwürdigen Kategorien ein „völkischer Typus“ konstruiert, „das ist abstoßend, kontraproduktiv und entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage“. Falko Liecke (CDU), Jugendstadtrat in Berlin-Neukölln, meint: „Die Broschüre will Vorurteile bekämpfen, vermittelt sie aber selbst.“ (afd/lys/aup)

# Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH · Herrenstr. 7 · 30159 Hannover



02 / 2018

**Haushaltsverschwendung  
zu Gunsten  
ideologischer Projekte**



Sören Hauptstein, AfD-Stadtratsfraktion Hannover

Etwa 250.000 Euro bekommt die Sozialistische Jugend Deutschlands jährlich aus dem Stadthaushalt überwiesen. Als Dankeschön demon-

striert sie mit Extremisten von der Antifa und wirbt mit dem Slogan: "Wir sagen Nein zu Deutschland!"

Die AfD-Stadtratsfraktion ist sich sicher: So kann kein seriöser Partner für die öffentliche Hand aussehen. Dies sahen die Altparteien jedoch leider anders und versorgten die SPD-nahe Jugendorganisation auch für die Jahre 2019 und 2020 wieder mit Hunderttausenden Euro auf Kosten der hannoverschen Steuerzahler. (afd)



**Personen, die ein gegenseitiges Zeugnisverweigerungsrecht haben, sollten nicht zugleich auf einer politischen Wahlliste kandidieren dürfen.**

Das fordert AfD-Ratscherr Reinhard Hirche, der die AfD auch im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt vertritt. Einen entsprechenden Antrag hat Hirche für die nächste Sitzung des Stadtteilparlamentes formuliert: Das niedersächsische Kommunalwahlrecht soll in diesem Sinne ergänzt werden. Zwar hat der Bezirksrat hier keine gesetzgeberischen Befugnisse, Hirche fordert ihn aber auf, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einzusetzen. Zweck dieser Initiative ist es, mögliche Konflikte zu vermeiden, die sich aus der Loyalität eines Mandatsträgers gegenüber einer dritten Person einerseits und der Pflicht zur freien Ausübung des Mandats andererseits ergeben könnten. Für einen solchen Antrag gibt es gerade in diesem Stadtbezirk im Westen Hannovers gute Gründe. Man sehe sich die

## Bürgersprechstunde

Wir laden Sie herzlich ein, uns bei der nächsten Bürgersprechstunde zu besuchen. (bitte anmelden)

Kandidatenliste für den Bezirksrat bei den Kommunalwahlen am 11. September 2016 an. Dort finden sich:

- Klebe-Politze, Kerstin (SPD)
- Klebe, Felix (SPD)
- Klebe, Celina (SPD)
- Politze, Stefan (SPD)

## Dynastische Verhältnisse, Ehepaar inbegriffen

Bislang ergab sich daraus noch kein besonderer Handlungsbedarf, denn von den Aufgeführten schaffte nur Kerstin Klebe-Politze den Einzug ins Stadtteilparlament; sie ist dort Vorsitzende der SPD-Fraktion. Vor einigen Wochen legte jedoch die SPD-Bezirksratsdame Maria-Theresa Eggers ihr Mandat nieder und schied aus. Und für sie rückte nach: Stefan Politze, für die SPD bereits im Niedersächsischen Landtag sitzend - und Ehemann von Frau Klebe-Politze. Womit also das Ehepaar Klebe-Politze/Politze vollzählig in diesem Stadtbezirksrat vertreten ist.

Fehlen von der Liste noch Felix Klebe und Celina Klebe. Die beiden konnten bei der Kommunalwahl 2016 zwar beachtliche Stimmzahlen für sich verbuchen, sind aber (noch?) nicht in diesem Stadtbezirksrat vertreten. Frau Klebe-Politizes Sohn Felix Klebe schaffte es aber in die Regionsversammlung.

Ihr Schwiegervater wiederum, also Stefan Politzes Vater Günter Politze, war langjähriger Bezirksbürgermeister von Ahlem-Badenstedt-Davenstedt. Es ist also durchaus nicht abwegig, hier von einer Dynastie zu sprechen. (afd/aup)



## Schildbürgerstreich im Stadtbezirk Südstadt-Bult



## Undurchdachter Antrag zu Fahrradstraßen - Große Mehrheit trotzdem dafür

Auch im Stadtbezirksrat Südstadt-Bult schlägt regelmäßig die Ideologie die Vernunft, ohne Rücksicht auf Verluste. Wie überall, wo rot-grüne Mehrheiten den Ton angeben. Jüngstes Beispiel: Ein Antrag von Rot-Grün zur "Bevorrechtigung für Radfahrer\*innen auf Fahrradstraßen".

Diese Fahrradstraßen sollen künftig durchweg Vorfahrtstraßen werden - aber nur für Radfahrer. Die Autofahrer müssen weiterhin "Rechts vor Links" beachten. Das hält die AfD für verwirrend und möglicherweise unfallträchtig.

Sören Hauptstein, Vertreter der AfD in diesem Stadtbezirksrat, lehnte den Antrag denn auch ab: die bisherige Regelung, die sich bewährt habe, werde ohne Not beseitigt, zu Lasten der ohnehin schon genug gegängelten Autofahrer.

Und es handelt sich dabei um einen Schildbürgerstreich im direkten Sinne des Wortes: Viele neue Schilder müssen aufgestellt werden, was mit erheblichen Kosten verbunden ist. Und der Schilderwald, ohnehin schon sehr üppig, wächst weiter. Alles im Namen der schon zur Ideologie gewordenen Maxime: "Das Fahrrad über alles".

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die AfD schätzt das Fahrrad als Teil eines vernünftigen Verkehrsmix' durchaus und will den Fahrradverkehr ebenfalls fördern - aber mit Sinn und Verstand. (afd/aup)

## Impressum

AfD-Fraktion im Rat der LHH  
Herrenstr. 7 · 30159 Hannover  
0511-168-31845

[info@afd-fraktion-hannover.de](mailto:info@afd-fraktion-hannover.de)  
[www.afd-fraktion-hannover.de](http://www.afd-fraktion-hannover.de)